



**Gemeinde Fällanden**

**Verordnung über die  
Siedlungsentwässerungsanlagen**

**Verordnung über die  
Abwassergebühren**

März 2002

**Verordnung über die  
Siedlungsentwässerungsanlagen**

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Allgemeine Bestimmungen

- Art. 1.1 Zweck
- Art. 1.2 Rechtsgrundlagen
- Art. 1.3 Geltungsbereich
- Art. 1.4 Öffentliche Gewässer
- Art. 1.5 Grundsatz
- Art. 1.6 Abwasserbeseitigung
  - Art. 1.6.1 Einleitung in die ARA
  - Art. 1.6.2 Niederschlagswasser
  - Art. 1.6.3 Versickerung
- Art. 1.7 Zuständigkeit

## 2. Aufgaben der Gemeinde

- Art. 2.1 Baupflicht, Unterhalt
- Art. 2.2 Erweiterung, Erneuerung
- Art. 2.3 Anlagekataster
- Art. 2.4 Unterhaltsplan
- Art. 2.5 Kataster der Betriebe

## 3. Allgemeine Vorschriften für Bau, Betrieb, Unterhalt, Sanierung, Erneuerung und Erweiterung von Abwasseranlagen.

- Art. 3.1 Allgemeine Bauvorschriften
  - Art. 3.1.1 Ausführung
  - Art. 3.1.2 Normen, Richtlinien
  - Art. 3.1.3 Grundstücksentwässerung
  - Art. 3.1.4 Quartierplanverfahren
  - Art. 3.1.5 Platzierung von Kanälen
  - Art. 3.1.6 Durchleitungsrecht
  - Art. 3.1.7 Anschluss an die öffentliche Kanalisation

## 4. Öffentliche Siedlungsentwässerung

- Art. 4.1 Umfang der Anlagen
- Art. 4.2 Übernahme von privaten Leitungen

## 5. Private Abwasseranlagen

- Art. 5.1 Anschlusspflicht
- Art. 5.2 Baupflicht
- Art. 5.3 Bewilligungen
  - Art. 5.3.1 Bewilligungspflicht
  - Art. 5.3.2 Besondere Verfahren der Abwasserbeseitigung
  - Art. 5.3.3 Bewilligungsverfahren
    - Art. 5.3.3.1 Gesuch
    - Art. 5.3.3.2 Unvollständige Gesuche
  - Art. 5.3.4 Kommunale gewässerschutzrechtliche Bewilligung
  - Art. 5.3.5 Ausnahmbewilligung
  - Art. 5.3.6 Kantonale gewässerschutzrechtliche Bewilligung
- Art. 5.4 Bau/Baubeginn
- Art. 5.5 Anschlussfrist
- Art. 5.6 Geltungsdauer der Bewilligung
- Art. 5.7 Kontrollen
- Art. 5.8 Abnahme, Inbetriebnahme, Dokumente
- Art. 5.9 Unterhaltspflicht
- Art. 5.10 Anpassung/Sanierung
- Art. 5.11 Kontrolle durch die Gemeinde
- Art. 5.12 Nachweise
- Art. 5.13 Mehrere Eigentümer

## 6. Finanzierung und Kostentragung

- Art. 6.1 Allgemein
- Art. 6.2 Gebühren für öffentliche Anlagen
- Art. 6.3 Verwaltungsgebühren

## 7. Haftung

- Art. 7.1 Haftung

## 8. Schluss-, Übergangs- und Strafbestimmungen

- Art. 8.1 Vorbehalt übergeordneten Rechts
- Art. 8.2 Rekursrecht
- Art. 8.3 Strafbestimmungen
- Art. 8.4 Übergangsbestimmungen/Planablieferung
- Art. 8.5 Inkrafttreten

## 1. Allgemeine Bestimmungen

- 1.1. **Zweck** Zweck der vorliegenden Verordnung über die Siedlungsentwässerungsanlagen (SEVO) ist die Regelung der Ableitung, Versickerung und Behandlung von Abwasser auf dem ganzen Gemeindegebiet.  
(Art. 1 GSchG und Art. 1 GSchV)
- 1.2. **Rechtsgrundlagen** Diese Verordnung stützt sich insbesondere auf die Gesetzgebung von Bund und Kanton über den Gewässerschutz, das kantonale Baurecht, die gesetzlichen Planungsinstrumente (wie genereller Entwässerungsplan GEP), das kantonale Gesetz über das Gemeindewesen sowie die Gemeindeordnung.
- 1.3. **Geltungsbereich** Diese Verordnung gilt für das gesamte Gemeindegebiet.  
Ausserhalb der Bauzonen gelten auf Grund der übergeordneten Gesetzgebung besondere Vorschriften.  
Ausbau und Unterhalt von öffentlichen Gewässern werden durch das kantonale Wasserwirtschaftsgesetz geregelt.  
(Art. 2 GSchG)
- 1.4. **Öffentliche Gewässer**  
Als öffentlich gelten diejenigen Gewässer, welche im Gewässerplan der Baudirektion eingetragen und im Gewässerverzeichnis aufgenommen sind.  
(Art. 4 GSchG, §§ 5 bis 7 WWG)
- 1.5. **Grundsatz**  
(Art. 6 GSchG)
- 1.6. **Abwasserbeseitigung**  
(Art. 6 und 7 GSchG und Art. 3 sowie Art. 5 bis 17 GSchV)
- 1.6.1. **Einleitung in die ARA**  
Verschmutztes Abwasser ist einer Abwasserreinigungsanlage zuzuleiten.  
Die Abwässer müssen so beschaffen sein, dass weder die Anlageteile der Kanalisation und der ARA geschädigt, noch deren normaler Betrieb und Unterhalt oder die Abwasserreinigung erschwert oder gestört werden kann.

## 1.6.2. Niederschlagswasser

Das von Dächern, Strassen, Plätzen abfliessende Niederschlagswasser ist seinem Verschmutzungsgrad entsprechend dem verschmutzten oder nicht verschmutzten Abwasser zuzuordnen. Für die Ableitung bzw. Behandlung dieser Abwässer sind der generelle Entwässerungsplan (GEP) und die Schweizer Norm (SN) 592 000 und die weiteren Normen und Richtlinien zum Stand der Technik zu beachten.

## 1.6.3. Versickerung

Nicht verschmutztes Abwasser (Grundwasser, Quellwasser, Dachwasser, stetig anfallendes Sickerwasser, Kühlwasser etc.) muss nach Möglichkeit auf dem Grundstück, auf welchem es anfällt, versickert oder einer zentralen Versickerungsanlage zugeführt werden. Ist eine Versickerung nicht möglich, so hat die Gemeinde die Möglichkeit, dies von der Bauherrschaft nachweisen zu lassen. Erst dann darf das nicht verschmutzte Abwasser direkt oder indirekt in ein Oberflächengewässer eingeleitet werden. Wo dies zweckmässig ist, ordnet der Gemeinderat Rückhaltmassnahmen an.

## 1.7. Zuständigkeit

Für den Vollzug dieser SEVO ist der Gemeinderat zuständig. Vorbehalten bleiben die Zuständigkeiten der kantonalen Stellen gemäss übergeordnetem Recht sowie spezielle Vereinbarungen mit anderen Gemeinden.

## 2. Aufgaben der Gemeinde

### 2.1. Baupflicht, Unterhalt

Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung, Erneuerung und Erweiterung sämtlicher öffentlicher Siedlungsentwässerungsanlagen obliegen dem Gemeinderat.

(Art. 10 GSchG)

### 2.2. Erweiterung, Erneuerung

Die Erweiterung und die Erneuerung der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen erfolgen im Rahmen des jeweils gültigen, vom Gemeinderat festgesetzten und vom Regierungsrat genehmigten GEP nach Massgabe des Erschliessungsplanes bzw. der baulichen Entwicklung.

### 2.3. Anlagenkataster

Die Gemeinde führt einen Kanal- und Anlagenkataster über das gesamte Gemeindegebiet, welcher die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen enthält. Sie kann diesen Kanal- und Anlagenkataster ergänzen durch die privaten Abwasseranlagen, welche ausserhalb der Gebäude liegen. Die Grundeigentümer sind verpflichtet, die hierfür notwendigen Angaben und Unterlagen zu liefern.

- 2.4. **Unterhaltsplan** Die Gemeinde führt einen Unterhaltsplan für die öffentlichen Abwasseranlagen.
- 2.5. **Kataster der Betriebe**  
Die Gemeinde kann einen Kataster über die Betriebe führen. Die Betriebsinhaber und/oder Grundeigentümer sind verpflichtet, die hierfür notwendigen Angaben zu machen und Unterlagen zu liefern.
3. **Allgemeine Vorschriften für Bau, Betrieb, Unterhalt, Sanierung, Erneuerung und Erweiterung von Abwasseranlagen.**
- 3.1 **Allgemeine Bauvorschriften**
- 3.1.1 **Ausführung** Abwasseranlagen sind nach anerkannten Regeln der Technik zu planen, zu erstellen, zu unterhalten, zu sanieren, zu erneuern und zu erweitern.
- 3.1.2 **Normen, Richtlinien** Für Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung, Erneuerung und Erweiterung von Abwasseranlagen sind die technischen Normen und Richtlinien massgebend.
- 3.1.3. **Grundstücksentwässerung**  
Grundsätzlich hat der Anschluss an die öffentliche Kanalisation im freien Gefälle zu erfolgen. Ist dies technisch nicht möglich, ist zu Lasten des Grundeigentümers ein Fördersystem vorzusehen.  
Jedes Grundstück ist in der Regel für sich und ohne Benützung von fremdem Grund zu entwässern.  
Sind mehrere Grundstücke mit einer gemeinsamen Anschlussleitung zu erschliessen, müssen vor Baubeginn die erforderlichen Rechte, Pflichten und die späteren Eigentumsverhältnisse geregelt werden.  
Verschmutztes Abwasser ist der Kanalisation unterirdisch zuzuleiten. Niederschlagswasser ist gemäss Art. 1.5. abzuleiten.  
Durch bauliche Massnahmen ist zu verhindern, dass Abwasser von privaten Park- oder Garagenvorplätzen unkontrolliert oberflächlich auf öffentliches Strassengebiet abfliessen kann.
- 3.1.4 **Quartierplanverfahren**  
Die Erstellung von Kanalisationen im Quartierplanverfahren bleibt vorbehalten.
- 3.1.5 **Platzierung von Kanälen**  
Öffentliche Kanäle werden in der Regel im Strassengebiet oder innerhalb der Baulinien bzw. innerhalb des Strassenabstandes verlegt.

- 3.1.6 **Durchleitungsrecht** Durchleitungsrechte sind im Grundbuch einzutragen. Kanäle im Baulinienbereich bzw. im Strassenabstand sind im Grundbuch anzumerken. In speziellen Fällen ist für die Sicherung des Leitungstrassees auf Privatgrund ein Baurechtsvertrag abzuschliessen.

(§ 105 PBG)

### 3.1.7 **Anschluss an die öffentliche Kanalisation**

Der Anschluss an die öffentliche Kanalisation hat dem Kanalisationssystem entsprechend (verschmutztes/nicht verschmutztes Abwasser) zu erfolgen.

Auf dem Grundstück ist bis zum Kontrollschacht nahe der öffentlichen Kanalisation das verschmutzte Abwasser getrennt vom nicht verschmutzten abzuleiten. Es sind separate Kontrollschächte zu erstellen.

Der bauliche Anschluss an die öffentliche Kanalisation ist durch einen qualifizierten Unternehmer zu erstellen bzw. anzupassen.

Der Gemeinderat bestimmt die Art der technischen Ausführung der Anschlussstelle.

Sofern die Abflussverhältnisse es zulassen, sind Anschlüsse an öffentliche Kanäle im Winkel von 90° auszuführen. Bei öffentlichen Kanalisationen mit kleineren Rohrdurchmessern ist ein Abzweigeformstück von 45° einzubauen.

## 4. **Öffentliche Siedlungsentwässerung**

- 4.1. **Umfang der Anlagen** Die öffentliche Siedlungsentwässerung umfasst das gemeindeeigene Kanalisationssystem und seine Einrichtungen wie Regenbecken, Regenüberläufe, Pumpwerke, Druckleitungen usw. sowie die zentralen Abwasserreinigungsanlagen, welche die Gemeinde in Erfüllung ihrer Baupflicht nach GSchG, EG GSchG und PBG erstellt hat.

Im weiteren umfasst die öffentliche Siedlungsentwässerung die durch die Gemeinde ins Eigentum übernommenen privaten Abwasseranlagen.

### 4.2. **Übernahme von privaten Leitungen**

Auf Gesuch hin übernimmt die Gemeinde mit Beschluss diejenigen Anschlussleitungen in ihr Eigentum, die an eine öffentliche Abwasserreinigungsanlage angeschlossen sind, und die der Entwässerung von mehr als einem Grundstück dienen. Bei mehreren Grundstücken desselben Eigentümers entscheidet der Gemeinderat fallweise, ob die Abwasseranlagen als öffentlich oder privat gelten. Die zu übernehmenden Anschlussleitungen müssen einen Durchmesser von mindestens 200 mm aufweisen und haben dem Stand der Technik zu entsprechen.

Die Gemeinde übernimmt auch private Abwasseranlagen, sofern ein öffentliches Interesse dafür besteht.

Gesuchsteller haben ihre Abwasseranlagen vor der Übernahme durch die Gemeinde auf eigene Kosten kontrollieren zu lassen und den einwandfreien Zustand nachzuweisen. Die Eigentumsübertragung erfolgt unentgeltlich.

## 5. Private Abwasseranlagen

**5.1. Anschlusspflicht** Sämtliches im Kanalisationsbereich anfallendes Abwasser ist systemgerecht abzuleiten.

*(Art. 11 GSchG und Art. 3, 11 und 12 GSchV)*

**5.2. Baupflicht** Die systemgerechten Gebäude- und Grundstücksentwässerungsanlagen sind bis zum Anschluss an die öffentliche Kanalisation durch die Eigentümer der zu entwässernden Grundstücke zu erstellen.

## 5.3. Bewilligungen

**5.3.1. Bewilligungspflicht** Die Erstellung, Sanierung, Erneuerung und Erweiterung von Abwasseranlagen bedarf einer kommunalen und/oder einer kantonalen gewässerschutzrechtlichen Bewilligung.

Jede Änderung der Nutzung von Bauten und Anlagen, die auf Menge und Beschaffenheit des Abwassers einen Einfluss haben, ist bewilligungspflichtig.

*(Art. 17 und 18 GSchG)*

### 5.3.2. Besondere Verfahren der Abwasserbeseitigung

Besondere Verfahren der Abwasserbeseitigung unterliegen der Gesetzgebung von Bund und Kanton.

*(Art. 13 GSchG und Art. 9, 10 GSchV)*

### 5.3.3. Bewilligungsverfahren

#### 5.3.3.1. Gesuch

Das Gesuch für die Bewilligung ist der Gemeinde schriftlich 3-fach einzureichen. Die Gemeinde leitet das Gesuch falls erforderlich an die kantonale Leitstelle gemäss Bauverfahrensverordnung (BVV) weiter.

Dem Gesuch sind alle Unterlagen beizulegen, die zu einer Beurteilung notwendig sind. Dazu gehören insbesondere Pläne mit bestehenden und projektierten Abwasseranlagen bis zum öffentlichen Kanal und entwässerungstechnische Angaben.

Das zuständige Mitglied des Gemeinderates kann zusätzliche Angaben bzw. Unterlagen, insbesondere Nachweise über Durchleitungsrechte, Qualität des abzuleitenden Abwassers usw. verlangen.

#### 5.3.3.2. Unvollständige Gesuche

Unvollständige oder mangelhafte Gesuche werden zur Ergänzung an den Gesuchsteller zurückgewiesen.

#### 5.3.4. Kommunale gewässerschutzrechtliche Bewilligung

Steht der Ausführung des Anschlusses bzw. der Erstellung der privaten Abwasseranlage nichts entgegen, erteilt das zuständige Mitglied des Gemeinderates die kommunale gewässerschutzrechtliche Bewilligung.

#### 5.3.5. Ausnahmegewilligung

Das zuständige Mitglied des Gemeinderates ist befugt, in besonderen Fällen Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zu bewilligen, sofern dadurch keine wesentlichen öffentlichen Interessen und kein übergeordnetes Recht verletzt wird.

#### 5.3.6. Kantonale gewässerschutzrechtliche Bewilligung

In folgenden Fällen bedarf es zur Erstellung, Sanierung, Erneuerung oder Erweiterung sowie zum Betrieb von Abwasseranlagen einer Bewilligung durch die zuständigen kantonalen Stellen:

1. Fassung und Ableitung von Grund- und Quellwasser sowie von stetig anfallendem Sickerwasser.
2. Versickerung von Abwasser, welches dem nicht verschmutzten Abwasser zugeordnet ist.
3. Einleitung in ein Oberflächengewässer.
4. Erstellung einer Abwasseranlage als Übergangs- bzw. Dauerlösung, solange das Abwasser nicht in die öffentliche Kanalisation eingeleitet werden kann.
5. Erstellung, Änderung und Erneuerung von Lageranlagen für Hofdünger.
6. Erstellung, Änderung und Erneuerung von abflusslosen Abwassergruben.
7. Entwässerung von Betrieben.
8. Beseitigung von verschmutztem Abwasser ausserhalb der Bauzone bzw. ausserhalb des Kanalisationbereiches.
9. Überall dort, wo verschmutztes Abwasser nicht einer zentralen ARA zugeleitet wird.

*(Art. 12 GSchG und Art. 7 GSchV)*

## 5.4. Bau/Baubeginn

Mit der Bauausführung, Änderung oder Anpassung der Abwasseranlage darf erst begonnen werden, wenn die gewässerschutzrechtliche Bewilligung des zuständigen Mitglieds des Gemeinderates und, falls notwendig, diejenige des AWEL rechtskräftig erteilt sind.

Bei Baubeginn sind die entsprechenden Vorkehrungen für eine fachgerechte Entsorgung von Bauabfällen und die Baustellenentwässerung gemäss SIA-Empfehlungen 430 und 431 zu treffen.

- 5.5 Anschlussfrist** Wird durch den Neubau eines öffentlichen oder privaten Abwasserkanals die Anschlussmöglichkeit für bestehende Gebäude geschaffen, hat der Anschluss mit der Erstellung des Kanals oder spätestens innert 6 Monaten nach Kanalvollendung zu erfolgen.
- 5.6. Geltungsdauer der Bewilligung**  
Die gewässerschutzrechtliche Bewilligung erlischt nach Ablauf von 3 Jahren, wenn inzwischen mit der Ausführung der Anlage nicht begonnen wurde.
- 5.7 Kontrollen**  
Im Bau befindliche Abwasseranlagen sind dem Bauamt Fällanden zur Kontrolle, zum Einmass und zur Abnahme anzumelden. Das Bauamt wird spätestens 2 Arbeitstage nach der Anmeldung tätig.  
Die Anschlussleitung darf erst verlegt werden, wenn das Anschlussstück fertig versetzt und durch das Bauamt Fällanden kontrolliert und eingemessen worden ist.  
Unterirdische Anlagenteile dürfen erst eingedeckt werden, nachdem die Kontrolle und Einmessung stattgefunden hat.  
Bei allen unterirdisch verlegten Abwasseranlagen für verschmutztes Abwasser sind bei Neubauten und Sanierungen Dichtheitsprüfungen gemäss den geltenden Normen der Fachverbände durchzuführen. Die Dichtheit von Grundleitungen kann in Ausnahmefällen auch mit einer Absenkprüfung nachgewiesen werden.
- 5.8 Abnahme, Inbetriebnahme, Dokumente**  
Die privaten Abwasseranlagen dürfen erst definitiv in Betrieb genommen werden, nachdem die Abschlusskontrolle ergeben hat, dass sie fachgerecht ausgeführt sind und zweckentsprechend funktionieren.  
Der Gemeinde sind nach Abnahme der Abwasseranlagen innert 60 Tagen Pläne des ausgeführten Bauwerkes (Revisionspläne) im Doppel einzureichen.
- 5.9 Unterhaltungspflicht**  
Der Eigentümer und/oder der Betreiber der Abwasseranlage hat dafür zu sorgen, dass die Anlagen baulich und betrieblich in einwandfreiem Zustand gehalten werden. Die Anlagen sind nach Bedarf gründlich, zweckentsprechend durchzuspülen und zu reinigen. Spülgut ist abzusaugen und umweltgerecht zu entsorgen.  
In den Grundwasserschutzzonen sind die Bestimmungen des Schutzzonenreglementes zu beachten.

## 5.10 Anpassung/Sanierung

Bestehende private Abwasseranlagen sind an die geltenden gesetzlichen Bestimmungen anzupassen bei:

- erheblicher Erweiterung in der Gebäudenutzung
- eingreifenden Umbauten der angeschlossenen Gebäude
- gebietsweisen Sanierungen von privaten Abwasseranlagen
- baulichen Sanierungen am öffentlichen Kanalabschnitt
- Systemänderungen am öffentlichen Kanalnetz
- Missständen

## 5.11 Kontrolle durch die Gemeinde

Der Gemeinderat sorgt für die periodische Kontrolle der privaten Abwasseranlagen und die Behebung von Missständen. Den Kontrollorganen ist jederzeit der ungehinderte Zugang zu den Anlagen zu ermöglichen.

## 5.12. Nachweise

Der Gemeinderat verlangt periodisch nach Massgabe der Alterung der Anlage den Nachweis des gesetzeskonformen baulichen Zustandes, der Funktionstüchtigkeit und der Dichtigkeit.

Der Gemeinderat verlangt bei Verdacht den Nachweis, dass keine unzulässige Beseitigung von Abwasser erfolgt.

## 5.13 Mehrere Eigentümer

Für Abwasseranlagen, die von mehreren Grundeigentümern benutzt werden, sind die Eigentumsverhältnisse, die Betriebsverantwortlichkeit und die Unterhaltungspflichten (inkl. Sanierung und Ersatz) privatrechtlich zu regeln und im Grundbuch einzutragen. Die Regelung ist der Gemeinde zur Kenntnis zu bringen.

## 6. Finanzierung und Kostentragung

### 6.1. Allgemein

Die Kosten für Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung, Erneuerung und Erweiterung von Abwasseranlagen trägt der jeweilige Eigentümer.

Die Finanzierung von gemeinsam benutzten öffentlichen Anlagen, z.B. Verbandsanlagen, ist vertraglich zu regeln.

Das Quartierplanverfahren und die Vorschriften über die Tragung der Erschliessungskosten bleiben vorbehalten.

### 6.2. Gebühren für öffentliche Anlagen

Die Gemeinde erhebt zur Finanzierung der öffentlichen Siedlungs-entwässerungsanlagen gestützt auf die Gesetzgebung von Bund und Kanton Gebühren und Beiträge.

Die Gemeindeversammlung erlässt für die Abwassergebühren eine Gebührenverordnung. Der Gemeinderat setzt die Höhe der Gebühren (Tarif) fest.

### 6.3. Verwaltungsgebühren

Für behördliche Aufwendungen in Anwendung dieser Verordnung werden Verwaltungsgebühren erhoben.

## 7. Haftung

### 7.1. Haftung

Die Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen durch die Gemeinde entbinden den Grundeigentümer bzw. seinen Auftraggeber nicht von der Verantwortung, die er für Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung, Erneuerung und Erweiterung trägt.

Aus der Mitwirkung der Gemeinde entsteht keine über die gesetzliche Haftung hinausgehende Verantwortung der Gemeinde.

Für Schäden, die infolge mangelhafter Projektierung und Erstellung, ungenügenden Funktionierens, mangelhaften Betriebs oder Unterhalts der privaten Abwasseranlagen an anderen öffentlichen oder privaten Anlagen entstehen, haftet der Grundeigentümer und der Fehlbare im Rahmen der eidgenössischen Gesetzgebung.

## 8. Schluss-, Übergangs- und Strafbestimmungen

### 8.1. Vorbehalt übergeordneten Rechts

Die Gesetzgebung von Bund und Kanton, insbesondere die Gewässerschutzgesetzgebung sowie entsprechende Anordnungen kantonaler Behörden bleiben vorbehalten.

### 8.2. Rekursrecht

Gegen Anordnungen der Verwaltung oder des zuständigen Mitglieds des Gemeinderates, welche gestützt auf die vorliegende Verordnung erlassen werden, kann innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, beim Gemeinderat schriftlich Einsprache erhoben werden.

Beschlüsse oder Verfügungen, welche in Anwendung dieser Verordnung erlassen werden, können innert 30 Tagen von der Zustellung an gerechnet, angefochten werden:

- bei der Baurekurskommission III des Kantons Zürich, sofern Anordnungen im koordinierten Verfahren nach der kantonalen Bauverfahrensverordnung, insbesondere im baurechtlichen Bewilligungsverfahren ergehen.
- beim Bezirksrat, sofern kein koordiniertes Verfahren gemäss der kantonalen Bauverfahrensverordnung bzw. keine baurechtliche Bewilligung erforderlich ist oder die Anordnungen gänzlich separat erfolgen.
- beim Regierungsrat, sofern Anordnungen über Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen betroffen sind bzw. die baurechtliche Bewilligung in staatlichen Entscheiden eingeschlossen ist.


8.3. **Strafbestimmungen** Die Übertretung dieser Verordnung und behördlicher Anordnungen, die sich darauf stützen, wird durch den Gemeinderat im Rahmen seiner Strafkompetenz mit Busse bestraft. Vorbehalten bleibt eine Bestrafung nach den einschlägigen Bestimmungen der Gewässerschutzgesetzgebung von Bund und Kanton.

### 8.4. Übergangsbestimmungen/Planablieferung


Sind von bestehenden privaten Abwasseranlagen keine Pläne der ausgeführten Bauwerke im Besitz der Gemeinde, so sind dieser durch den Eigentümer solche Pläne im Doppel innert anzusetzender Frist einzureichen.

### 8.5. Inkrafttreten

Diese Verordnung wurde von der Gemeindeversammlung beschlossen am : 20. März 2002

Der Gemeindepräsident :  .....

(R. Hirt)

Der Gemeindegeschreiber :  .....

(K. Albrecht)

Von der Baudirektion

1612

Mit Verfügung Nr. :

11. Juli 2002

Genehmigt am :

Diese Verordnung tritt auf den 1. Juli 2002 in Kraft.

Auf diesen Zeitpunkt hin werden alle bisherigen, damit in Widerspruch stehenden Vorschriften, insbesondere die bisherige Verordnung über die Abwasseranlagen, aufgehoben.

AWEL Amt für  
Abfall, Wasser, Energie und Luft

  
B. Jost, Abteilungsleiter